

ber finden. Was nicht selber gefunden ist, hat keinen vollen Bekenntniswert. Wir, und das heißt wir alle, kirchliche Amtsträger und Laien, müssen und können so den Glauben und seine Sprache zurückgewinnen. Es versteht sich von selbst, daß dies auf eine ganz bestimmte, sachgemäße Weise in Gang gesetzt werden muß, sonst gelingt es nicht.“ Deshalb bietet die „Orientierungshilfe“ auch Hinweise auf sachgerechte Gesprächswege. „Auf solchen Gesprächswegen kann dann aber auch neu entdeckt werden, was Kirche ist, worum es in der Frage um die Einheit geht und was wir um so mehr suchen müssen, je mehr wir entdeckt haben, was uns schon gegeben ist.“

### Die Gemeinde als Ort der Ökumene

Damit ist der einzelne aufgefordert, seine und seines Gesprächspartners Erfahrung ernst zu nehmen und ihr zu vertrauen. Der „Orientierungshilfe“ ist aber daran gelegen, darüber hinaus und vor allem die besondere Bedeutung der Gemeinde für die ökumenische Bewegung herauszustellen. Denn „in der Gemeinde, besonders in ihrem Gottesdienst, erfährt sich der Christ als Glied der Kirche, die seinen persönlichen und persönlich gefärbten Rahmen einer Kleingruppe übersteigt. Ohne den überschaubaren Rahmen seiner geistlichen Heimat preisgeben zu müssen, ist er als Gemeindeglied zugleich Glied der universalen Kirche. Als Glied einer bestimmten Gemeinde erfährt der Christ aber auch unmittelbar die Spaltung der Kirche. Auf dieser Ebene muß er daher auch die Momente der Trennung als Zeichen sündiger Zerrissenheit erkennen und sich zum Einsatz für deren Überwindung verpflichtet wissen“ (S. 13.). Die Zugehörigkeit zur universalen Kirche verknüpft dabei zum einen die lokale mit der regionalen, nationalen und internationalen Ebene: „Um die Spaltungen der Kirche zu überwinden, bedarf es verschiedenartiger Anstrengungen auf verschiedenen Ebenen. Menschliches Verstehen, Glaubenszeugnis, theologische Forschung und Entscheidung der Kirchenleitungen

sind notwendig“ (ebd.). Zum andern wird durch diese Zugehörigkeit die „Ökumene“ zu einem *von den konkreten konfessionellen Gegebenheiten unabhängigen Anliegen*, muß sie auch dort eine Rolle spielen, „wo keine oder nur wenige ‚Andersgläubige‘ wohnen“ (ebd.).

Auf dem Hintergrund dieser Voraussetzungen werden in der „Orientierungshilfe“ konkrete Informationen geboten und mögliche und wünschbare Wege ökumenischen Verhaltens und Tuns aufgezeigt für die Bereiche: 1. Ökumenischer Aufbau der Gemeinden, 2. Ökumenische Kontakte, 3. Gemeinsamer Gottesdienst, 4. Einheit in der Verkündigung, 5. Missionarisches Zeugnis, 6. Besondere Dienste der Kirche, 7. Diakonie.

Erwartungsgemäß wird vor allem im Abschnitt über die „Ökumenischen Eucharistiefiern“ deutlich, wie die „Orientierungshilfe“ keinen spektakulären ökumenischen Vorstoß unternehmen,

sondern aufgrund der tatsächlichen Gemeinsamkeit und der gegebenen Möglichkeiten praktikable Anregungen für den unspektakulären Alltag vermitteln will. Denn bei aller Anerkennung des Wunsches nach einer ökumenischen Eucharistiefier gibt sie zu bedenken, „ob die in den eucharistischen Liturgien der verschiedenen Kirchen zur Geltung kommende Einheit bei solchen Versuchen nicht geradezu verdunkelt und eigentlich eher die Gespaltenheit der Kirche hervorgehoben wird“ (S. 33). Dieses Bedenken haben die Gesprächskommissionen nicht nur deshalb ausgesprochen, weil die Veröffentlichung ihrer „Orientierungshilfe“ von den Kirchenbehörden abhängig war, sondern vor allem weil sie den Christen aufzeigen soll, daß der Fortschritt der „Ökumene“ nicht davon abhängig sein muß, daß Wünsche aus lehrmäßigen Gründen vorläufig unerfüllbar sind.

R. W.-Sp.

## Frankreich: Schulstreit von gestern

Auch ein „Streit von gestern“ (Kardinal *Jean-Marie Lustiger* im „Spiegel“ vom 31. 1. 83) kann heute hohe Wellen schlagen. Der französische Streit um die privaten, d. h. in der Mehrzahl katholischen Schulen (vgl. HK, Oktober 1982, 480–484) ist in eine neue Phase getreten: Nach 18 Monaten Beratungen und einer langen Phase der Ungewißheit machte Erziehungsminister *Alain Savary* am 20. Dezember 1982 Vorschläge zur Reform des französischen Schulwesens (vgl. *Le Monde*, 21. 12. 82).

### Was will die Regierung?

Ziel der Regierung ist sowohl die Reform des öffentlichen Schulsystems als auch die Bereinigung des Verhältnisses zwischen privaten und öffentlichen Schulen. Die privaten Schulen sollen als „*Einrichtungen des öffentlichen Interesses*“, einer eigens dafür neu zu schaffenden juristischen Größe, *Teil des öffentlichen Schulsystems* werden, unbeschadet ihrer speziellen pädagogischen Zielsetzung. Der bisherige Zustand, daß Eltern und Schüler nur

bei privaten Schulen freie Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Schulen haben, nicht jedoch bei öffentlichen Schulen, soll dahingehend geändert werden, daß man in Zukunft bei den öffentlichen Schulen mehr, bei den privaten weniger Wahlmöglichkeiten hat. Der Status des Lehrkörpers der privaten Schulen soll dem der öffentlichen angeglichen werden. Staatlichen Stellen soll ein Mitspracherecht bei Personalfragen eingeräumt werden. Bei der Eröffnung neuer Klassen und der dazu erforderlichen Zuweisung weiterer finanzieller Mittel soll mehr Koordination zwischen den heutigen privaten und öffentlichen Schulen stattfinden.

Als die Pläne der Regierung bekannt wurden, war die Erregung groß. Die einen reagierten mit empörten Protesten. Sie sahen in Savarys Vorschlägen eine Kriegserklärung an die Privatschulen überhaupt. Anderen aber gingen die Vorschläge nicht einmal weit genug. Sie sahen vor allem die weltanschauliche Neutralität des französischen Staates nicht ausreichend gewährleistet. Zusätzlich verschärft

wurde die Situation noch dadurch, daß sich in Teilen Frankreichs *Gemeinden* geweigert hatten, Zahlungen an private Schulen zu leisten, und dies mit dem Hinweis darauf begründeten, aus der Gesetzgebung gehe nicht zweifelsfrei hervor, von welcher der Gebietskörperschaften die finanziellen Zuwendungen zu leisten seien. Anfang Dezember 1982 reagierte Savary darauf lediglich mit der Bemerkung, die Regierung wolle die Finanzbeteiligung der Gemeinden an den privaten Schulen nicht erzwingen. Zehntausende von Eltern, Schülern und Lehrern privater Schulen machten ihrem Unmut darüber in Demonstrationen Luft. Spätestens zu diesem Zeitpunkt mußte der Regierung deutlich werden, daß eine Gefährdung der privaten Schulen erhebliche Reaktionen großer Teile der Bevölkerung nach sich ziehen würde.

Die Antworten der Französischen Bischofskonferenz und der zuständigen katholischen Stellen auf die Vorschläge von Savary drückten die große Sorge aus, die man sich um den Erhalt und die Freiheit der pädagogischen Arbeit machte. Vor allem möchte man nicht in Verhandlungen eintreten, von denen nicht klar ist, *welchem Ziel* sie eigentlich dienen sollen. Man fürchtet, nur mehr kosmetische Veränderungen an einem Konzept vornehmen zu können, das man in wesentlichen Teilen für verfehlt hält. Vertreter der katholischen Schulen kündigten daher zunächst an, daß man eigene Vorschläge ausarbeiten wolle. Etwas entkrampfen konnte Staatspräsident *François Mitterrand* die Lage, als er am 2. Januar 1983 ein „pluralistisches, dezentralisiertes und privates“ (La Croix, 4. 1. 83) Schulsystem forderte und sich für den Dialog und gegen jede Form von Zwang aussprach. So beruhigend diese Bemerkungen einerseits wirkten, Genaueres über den von der Regierung beabsichtigten Weg erfuhr man auch von Mitterrand nicht.

### Warum so eilig, wenn nichts drängt?

Eine Verschärfung der Gangart von katholischer Seite bedeutete die *Erklä-*

*rung des Nationalkomitees des kirchlichen Schulwesens* vom 9. Januar 1983: Die zunächst angekündigten eigenen Vorschläge wolle man nicht machen. Und verhandeln werde man so lange nicht, wie man nicht Garantien in einigen grundsätzlichen Fragen erhalte (vgl. Le Monde, 11. 1. 83). Das hieß im Klartext: Nicht wir wünschen eine Veränderung des Status quo, sondern die Regierung. Der Erziehungsminister gab darauf am 13. Januar 1983 zu verstehen, daß er solche Garantien im voraus nicht geben könne, da diese dann Inhalte betreffen müßten, die gerade Gegenstand der gemeinsamen Gespräche sein sollten. Den (baldigen) Beginn der Verhandlungen hätten im übrigen die vom Nationalkomitee aufgestellten Bedingungen unmöglich gemacht (Le Monde, 14. 1. 83). Bis nach den Gemeindewahlen am 6. März 1983 hat man nun Zeit gewonnen, was beiden Seiten recht sein dürfte: Die Sozialisten befürchten für sie negative Auswirkungen des Schulstreits auf die Wahlergebnisse. Und die Vertreter der katholischen Schulen stehen zumindest äußerlich weiterhin geschlossen da, ohne in die Verlegenheit gekommen zu sein, in konkreten Vorschlägen selbst Farbe bekennen zu müssen.

Der Schulstreit wäre nicht, was er ist, wenn die Vorschläge Minister Savarys nicht Hinweise enthielten, die die Vertreter der Privatschulen mit einer Berechtigung besonders hellhörig machen mußten. Vor allem der Status als „Einrichtungen öffentlichen Interesses“ wird in diesem Zusammenhang immer wieder genannt. Mißtrauen weckte vor allem der aus Vertretern des Staates, der örtlichen Behörden und der Trägerseite zu bildende *Verwaltungsrat*. Einem Gremium, in dem die kirchliche Seite von vorneherein wegen der geringeren Zahl der Stimmen unterlegen wäre, würde man kaum seine Zustimmung geben. Als seltsam empfand man auch die Eile, die man seitens der Regierung an den Tag legt. Wenn die „Reform“ wirklich ein so umfassendes Vorhaben für das gesamte Schulsystem sein soll, was ist dann von der Ankündigung der Regierung zu halten, bereits zu Beginn des Schuljahres 1983/84 solle die Reform

zumindest teilweise zur Anwendung kommen?

Die Vorgänge um die private Schule in Frankreich wären allerdings sehr ungenau beschrieben, wollte man es bei einem sozialistischen „pro“ und einem katholischen „contra“ belassen. Befürworter wie Gegner des Vorhabens von Erziehungsminister Savary sind sich untereinander keineswegs einig, und die Sachfragen, um die es dabei geht, sind vielschichtiger, als es zunächst scheint. Daß sich dennoch französische Oppositionspolitiker hier weit vorwagen, darf angesichts der bevorstehenden Gemeindewahlen nicht verwundern. Und obwohl in Teilen der linken Regierungsparteien durchaus antikirchliches Gedankengut im Sinne einer streng laizistischen, antireligiösen Auffassung vom Verhältnis von Kirche und Staat anzutreffen ist, würde man es sich zu leicht machen, wollte man dieses Verständnis der derzeitigen Regierung als Motivation für die geplante Schulreform unterstellen. Der alte Traum von einem streng laizistischen, zentral gelenkten Schulsystem ist inzwischen auch in Frankreich zu einem Anachronismus geworden.

Einmal abgesehen davon, daß diese Vorstellung zu Zeiten, in denen sich eine Regierung zum Ziel gesetzt hat, den immer wieder beschworenen, aber bislang nur wenig verwirklichten Gedanken der Dezentralisierung auf verschiedenen Ebenen der staatlichen Administration voranzubringen, ein flagranter Widerspruch zur übrigen Innenpolitik wäre. Die Ursache dafür könnte in zwei *sich widerstrebenden Grundanliegen im französischen Sozialismus* liegen; der Provinzial der französischen Jesuiten, *Henri Madelin*, machte darauf aufmerksam: Die eine Sichtweise „betont im Namen des nationalen Interesses die Interventionsfunktion des Staates. Der Staat ist der eigentliche Handelnde, der alles tut, alles reglementiert, der das Bewußtsein der Nation darstellt.“ Die andere „sieht im Staat denjenigen, der die Spielregeln aufstellt und der das Wesentliche den örtlichen dezentralisierten Handelnden zuweist, den Initiativen, den lokalen Verantwortlichen“. Eine Lösung des Schulstreites

erhofft sich Madelin deswegen von dem letzteren Typus von Sozialismus, einem „Sozialismus von unten“ (Le Monde, 28. 12. 82). Oder wie es der Historiker René Rémond ausdrückte: „Im Namen der Prinzipien der sozialistischen Linken selbst (Autonomie, Pluralismus, Selbstbestimmung) läßt sich die Unterstützung des privaten Schulwesens durch den Staat rechtfertigen“ (La Croix, 16. 1. 83).

### Mehr privat als religiös?

Aber auch die Haltung der anderen Seite läßt Fragen offen. So hat es den Anschein, als sei der Schulstreit über weite Strecken weniger ein Streit um die „religiöse“ Schule als ein Streit um die „private“ Schule, was u. U. kein minder gewichtiges, aber doch ein anderes Anliegen ist. Nicht wenige derjenigen, die sich lautstark für den Erhalt der katholischen Schule aussprechen, setzen sich einfach für eine Schule ein, die manche Mängel der öffentlichen Schule nicht hat: Hier kann man sich die Lehrer mehr als anderswo aussuchen; das Engagement der Lehrer ist größer als anderswo; die Schulen selbst sind zumeist kleiner, überschaubarer; der persönliche Kontakt zwischen Eltern und Lehrern wird mehr gepflegt u. a. m. Nach Madelin sind aber immerhin 80 Prozent der Eltern, die ihre Kinder auf katholische Schulen schicken, selbst keine praktizierenden Katholiken. Gerade weil im Schulstreit immer wieder die *spezifische Eigenart der katholischen Schule* herausgestrichen wird, stellt sich die Frage, ob diese Identität eigentlich wirklich so deutlich ist. Allgemeine gesellschaftliche Wünsche nach einem privaten Schulwesen können für die Kirche ein zusätzliches Argument sein, sie reichen aber als Motivation nicht aus für die Erhaltung des eigenen Schulwesens.

Bis es zu einer Lösung kommt, wird es von beiden Seiten noch einigen guten Willen brauchen. Als Hindernisse dürften sich dabei Feindbilder erweisen, wie sie hier und da wieder aufkommen: das Feindbild von einem Sozialismus, der jede Gelegenheit nutzt, um Religion und Kirche aus dem öffentlichen Leben hinauszudrängen, oder das von der Kirche, die die Freiheit in Staat und Gesellschaft bedroht. Dabei wird es für die Vertreter des kirchlichen Schulwesens darauf ankommen, sich nicht in eine

unnötige Defensivposition hineinzumanövrieren. Ein bloßes Verharren auf dem Status quo könnte ihr leicht als bloße Besitzstandswahrung ausgelegt werden.

K. N.

## England: Anglikanischer Kernwaffenkompromiß

Die Generalsynode der Church of England hat sich auf ihrer Februartagung mit entscheidender Drei-zu-eins-Mehrheit gegen einen einseitigen Kernwaffenverzicht Großbritanniens ausgesprochen. Die Grundlage der viereinhalbstündigen Debatte der Synode bildete die umstrittene, von ihrer pazifistisch dominierten Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Bischofs von Salisbury, *John Austin Baker*, erstellte Studie „The Church and the Bomb“ (Nuclear Weapons and Christian Conscience, Verlag Hodder and Stoughton, London 1982; vgl. HK, November 1982, 569). Das Votum – 338 gegen 100 Stimmen – entspricht in etwa der in der letzten Umfrage zum Ausdruck kommenden Meinungsbildung in der Gesamtbevölkerung. Die Synodendebatte bildete den Höhepunkt einer sehr breiten Publikumsdiskussion um den unabhängigen britischen Kernwaffenbesitz, die durch den Salisbury-Report im letzten Herbst in Gang kam und die zweifellos auch den nächsten britischen Wahlkampf beherrschen wird. Die Synode erwies dabei wieder einmal die traditionelle anglikanische Fähigkeit, diametral entgegengesetzte Positionen zu vertreten.

### Keine Mehrheit für Unilateralisten

In etwa der anglikanischen theologischen „Mittelstellung“ zwischen Rom, Wittenberg, Genf, Zürich und den orthodoxen Patriarchaten entsprechend, bekannte sich die Synode mit 275 gegen 222 Stimmen zu einem Kompromiß in der Abrüstungsfrage, der ein generelles Verbot des Ersteinsatzes von Kernwaffen in jeder Form seitens aller Staaten einschließlich des NATO-Bündnisses fordert und damit

ein Kernprinzip der NATO-Strategie verwirft, die den „First-strike“-Vorbehalt in Anbetracht der großen sowjetischen Übermacht in konventionellen Waffen als einziges abschreckendes Mittel für den Fall eines drohenden Angriffs vorsieht. Dieses Prinzip aufzugeben, bedeutet aus der Sicht der NATO, das Element der Ungewißheit, das dem Gegner in etwaigen Angriffsplänen Einhalt gebieten soll, zu verringern. Der Bischof von Birmingham, *Hugh Montefiore*, der sich mit dieser gegen „Unilateralisten“ und „Multilateralisten“ gerichteten „dritten Lösung“ durchsetzte, sagte, daß damit wirksam den Gefahren der Erpressung durch Kernwaffenbesitz wie auch der nuklearen Aggression begegnet werden könne.

Die Abschreckung ist die *positive Verpflichtung des Staates*, und dieses Prinzip gelte von Polizisten bis zur Atomwaffe. Wie könne die nukleare Abschreckung jedoch moralisch gerechtfertigt werden? Um glaubhaft zu sein, muß die Bereitschaft zur Verwendung bestehen, aber die Verwendung wäre katastrophal und unmoralisch. Wenn die Abschreckung jedoch wirksam sei, wäre die Verwendung nicht erforderlich. Was nicht zu rechtfertigen sei, sagte Bischof Montefiore, sei der Ersteinsatz von Kernwaffen, also auch der sogenannten konventionellen Schlachtfeldwaffen (Boden-Boden-Raketen, nukleare Artilleriegeschosse, nukleare Boden-Luft-Raketen, atomare Sprengmunition, Neutronenbomben usw.), um die Rückschlagskraft eines Gegners zu beseitigen. Das sei moralisch nicht zu rechtfertigen, weil dann die Hölle auf Erden entfesselt würde, auch seien einige Kernwaffen auf diesem Wege eines Präventivschlages nicht unschädlich zu machen. Auf den Einwurf des Bischofs von